

Es gilt das gesprochene Wort!

Rede von Sze Ping Lo, Geschäftsführer Greenpeace China

Technologie-Sitzung der Vereinten Nationen (UN) in New York, 24. September 2007

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

haben Sie herzlichen Dank, dass Sie mir die die Gelegenheit geben, zu Ihnen, den Staats- und Regierungschefs aus aller Welt, zu sprechen.

Ich spreche hier als Mitglied der Zivilgesellschaft, als Mitglied des Climate Action Networks, und ich komme von Greenpeace China. China steht im Mittelpunkt der Klimadebatte. Einer neuen Studie zufolge soll China inzwischen sogar der weltweit größte CO₂-Verursacher sein. Dies hat den ein oder anderen zu der Aussage bewogen, China müsse im Klimaschutz zuerst handeln.

Um es aber deutlich zu sagen: China handelt bereits. Anfang Juni wurden im nationalen Klimaschutz-Programm Maßnahmen gegen den Klimawandel festgelegt. Das Programm verpflichtet China zu konkretem Handeln, wie etwa bindende Ausbauziele für erneuerbare Energien und Energieeffizienz.

China, ein Entwicklungsland mit geringem CO₂-Ausstoß pro Einwohner, wird sich mehr und mehr über die Auswirkungen der Verbrennung fossiler Brennstoffe bewusst, nicht zuletzt, weil es bereits unter schweren Folgen des Klimawandels zu leiden hat, etwa der zunehmenden Desertifikation sowie extremen Wetterereignissen. Die Gletscher des Himalaja, des Tibetischen Hochlandes und in den Bergen Zentralasiens gehen immer schneller zurück. Ihr Verlust bedroht die Wasserversorgung von mehr als zwei Milliarden Menschen in Asien.

Eine apokalyptische Zukunft lässt sich nur mit einer Energierevolution verhindern. Chinas Energieproduktion beruht zu 70 Prozent auf Kohle – 42 Prozent höher als der Weltdurchschnitt. Damit muss Schluss sein. In China und weltweit müssen verstärkt erneuerbare Techniken eingesetzt werden.

Wir brauchen eine Revolution – nicht in der Entwicklung von Technologien, sondern in ihrer Anwendung. Wir haben bereits sämtliche Techniken, die wir brauchen, um den Klimawandel aufzuhalten. Wir können es uns nicht leisten, über mehr Forschung zu reden, statt echte Maßnahmen zu ergreifen. Wir können es uns nicht leisten, uns von Technologieinitiativen ablenken zu lassen. Nur indem wir das Kyoto-Protokoll und nationale Gesetze für den Ausbau erneuerbarer Energien und eine höhere Energieeffizienz stärken, schaffen wir das Investitionsklima, das eine Revolution für saubere Energie einleitet. Eine Energierevolution übrigens, die ohne die gefährliche und teure Atomkraft und ohne unerprobte Techniken wie die CO₂-Abscheidung und -Speicherung auskommt.

In China können wir beispielsweise die Wind- und Solarenergie mit erheblich größerem Ehrgeiz vorantreiben. China ist durchaus in der Lage, bis zum Jahr 2020 118 GW Windenergie und 25 GW aus Fotovoltaik zu erzeugen, was 2020 einem Anteil von 9 Prozent der Gesamtstromproduktion entsprechen würde. Weltweit können wir bis 2050 auf dem Stromsektor die Emissionen um 50 Prozent senken, wenn es uns gelingt, die zur Verfügung stehenden erneuerbaren Energien in großem Stil einzusetzen und die Effizienz zu verdoppeln. Bis 2050 können erneuerbare Energien tatsächlich 50 Prozent des globalen Energiebedarfs bereit stellen.

Voraussetzung für einen Erfolg der sauberen Technologien sind allerdings strengere Emissionsgrenzen im zweiten Verpflichtungszeitraum des Kyoto-Protokolls. Bei der Klimakonferenz im Dezember müssen Sie sich auf nichts weniger als ein Bali-Mandat einigen. Es darf keine Straße ins Nirgendwo geben, keine Wunschliste. Sie müssen sich auf ein klares, verbindliches Verhandlungsmandat einigen, das spätestens bis 2009 zu einem Abkommen führt. Das Abkommen muss so ausgestaltet sein, dass es den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur im Vergleich zum vorindustriellen Niveau weit unter zwei Grad begrenzt.

Ich kann nicht deutlich genug hervor heben, wie ehrgeizig das Bali Mandat verhandelt werden muss. Wenn wir uns eine Chance erhalten wollen, gefährlichen Klimawandel zu verhindern müssen in den Verhandlungen mindestens sieben große Ziele erreicht werden:

Als erstes müssen Maßnahmen festgelegt werden, die die Welt innerhalb einer Dekade auf einen Reduktionspfad führt, der den Treibhausgasausstoß bis 2050 im Vergleich zum Stand von 1990 mehr als halbiert.

Als nächstes müssen die Industriestaaten, die das Klimaproblem historisch verantworten, die Führung übernehmen und den Treibhausgas-Ausstoß bis 2020 um mindestens 30 Prozent senken (Referenzjahr 1990).

Mehr Länder müssen sich dem Kyotoregime anschließen und verbindliche Emissionsgrenzen beschließen. Neu industrialisierte Länder mit hohem Pro-Kopf-Einkommen wie Südkorea, Singapur und Saudi-Arabien sollten dem Kyoto-System beitreten und sich für den nächsten Verpflichtungszeitraum verbindliche Emissionsgrenzen setzen.

Der zweite Verpflichtungszeitraum sollte so offen gestaltet sein, dass jedes Entwicklungsland, das mit einer nationalen Verpflichtung zur Emissionsmengenbeschränkung am internationalen Emissionshandel teilnehmen möchte, dies auch tun kann.

Länder mit mittlerem Pro-Kopf-Einkommen wie China, Brasilien, Indien und Südafrika sollten am Emissionshandel teilnehmen (indem sektorale oder anderweitig quantifizierte Maßnahmen zur Begrenzung oder Verminderung des Treibhausgasausstoßes, beispielsweise für den Stromsektor, vereinbart werden). Diese Abkommen müssen auf die besonderen Verhältnisse dieser Länder mit mittlerem Einkommen zugeschnitten sein, jedoch zusätzliche Maßnahmen vorsehen. Anreize müssen den Beitritt zum Kyoto-System attraktiver machen.

An sechster Stelle sei ein umfassender Mechanismus für die Anwendung sauberer Technologien genannt, der die Umstellung der Entwicklungsländer auf saubere und effiziente erneuerbare Techniken zum Ziel hat. Mit Investitionen von rund 300 Milliarden US-Dollar jährlich in erneuerbare Energien und eine größere Energieeffizienz – das entspricht in etwa den derzeit gezahlten Subventionen für fossile Energien – ließe sich der Treibhausgasausstoß in dem Maß reduzieren, das wissenschaftlich als notwendig gilt. Institutionen wie die Weltbank müssen jetzt sämtliche Investitionen im Energiesektor auf diese Energierevolution konzentrieren. Und das Kyoto-Protokoll muss nach 2012 weitere Mittel für die Umstellung des weltweiten Energiesystems generieren.

Als Letztes sei ein Mechanismus für die Verlangsamung der Abholzung genannt, mit dem sich die Entwaldung im ausreichenden Ausmaß und mit angemessenen Geldmitteln drastisch zurückfahren lässt.

Es ist noch nicht zu spät, aber es ist wahrlich höchste Zeit. Beunruhigend ist, dass das Klima sich schneller verändert, als wir es uns vorstellen konnten, und die Folgen früher manifest werden, als Wissenschaftler es vorhergesagt haben.

Die Kosten für die Anpassung an die unvermeidlichen Veränderungen im kommenden Jahrzehnt sind bereits Schwindel erregend. Wenn wir die Warnungen solider Wissenschaftler und Ökonomen ignorieren, so wird uns das alle in große Gefahr bringen.

Die ersten Schritte werden schon getan, wie der Ausbau der erneuerbaren Energien in meinem Heimatland China beweist. Im vergangenen und in diesem Jahr betrug die Wachstumsrate im Bereich der angeschlossenen Windkapazität jeweils über 100 Prozent. Seit 2005 haben mehr als 90 Prozent der neuen chinesischen Windfarmen Punkte nach dem Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (CDM) unter dem Kyoto-Protokoll beantragt. Jede neu erbaute Windfarm bringt uns näher an eine saubere Zukunft mit geringem CO₂-Ausstoß, wohingegen jedes neue Kohlekraftwerk uns auf dem kohlendioxidintensiven Weg festhält.

Nun brauchen wir Sie, verehrte Staats- und Regierungschefs, für den nächsten entscheidenden Schritt. Wir sind darauf angewiesen, dass Sie die Energierevolution stützen und dafür sorgen, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Verbesserung der Energieeffizienz mit öffentlichen Geldern finanziert wird. Wir sind darauf angewiesen, dass Sie sich in Bali auf ein Mandat verständigen, das in eine erstarkte Weltklimapolitik unter Führung der Vereinten Nationen mündet.

Kyoto – tun Sie es!

Haben Sie vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Nähere Informationen finden Sie unter **www.energyblueprint.info**